



Wie unsere Gesellschaft auf den nachhaltigen Wandel blickt

Kernergebnisse 2026

Die Transformation zu einer nachhaltigeren Gesellschaft prägt zunehmend Politik, Wirtschaft und den Alltag der Menschen in Deutschland. Zusätzliche Dringlichkeit erhält dieser Wandel durch das Ziel der Klimaneutralität, das insbesondere in den Bereichen Energie, Verkehr und Wärme tiefgreifende Veränderungen erforderlich macht. In einer Demokratie kann diese Transformation jedoch nur gelingen, wenn die Erwartungen und Sorgen der Bevölkerung berücksichtigt werden und der Wandel mehrheitlich mitgetragen wird. Das **Soziale Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation** setzt genau an dieser Stelle an. Es erfasst, wie die Menschen in Deutschland auf diesen Wandel blicken, welche Erwartungen und Sorgen sie umtreiben und liefert mögliche Ansatzpunkte für eine bessere politische Ausgestaltung. Im Rahmen einer wiederholten, bundesweit repräsentativen Panelbefragung mit etwa 6.500 Personen werden die Einstellungen zum nachhaltigen Wandel umfangreich erhoben.

Die diesjährigen Befunde zeichnen das Bild einer zunehmenden Spannung. Auf der einen Seite besteht **weiterhin ein breiter ökologischer Konsens**, auf der anderen Seite gerät die Zustimmung zur konkreten Gestaltung der Transformation zunehmend unter Druck.

1. Es besteht weiterhin ein klares gesellschaftliches Mandat für Klimaschutz – Zustimmung und Dringlichkeit sind jedoch rückläufig

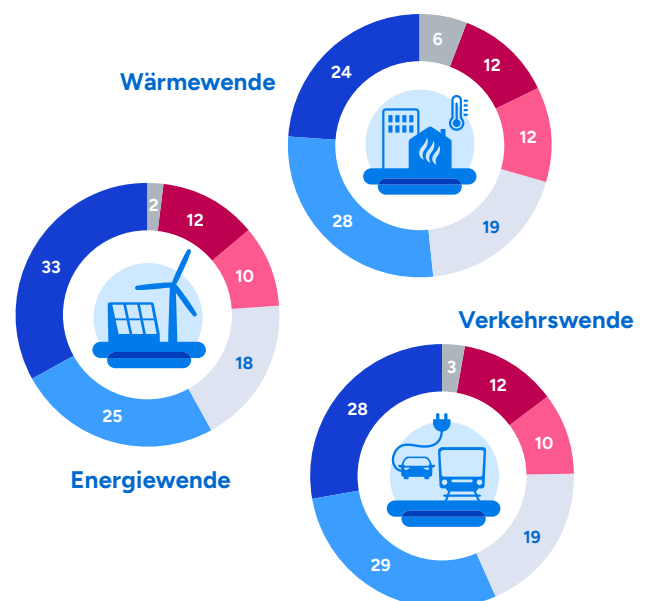
Absolute Mehrheiten erkennen sowohl die negativen Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels als auch die Notwendigkeit konsequenter Klimapolitik an. Diese Unterstützung besteht auch angesichts verhaltener wirtschaftlicher Aussichten und multipler Krisen: 80% sorgen sich um die Folgen des Klimawandels. Nur jede zehnte Person (11%) zweifelt daran, dass der Klimawandel durch menschliche Aktivitäten verursacht wird, über die Hälfte fordert höhere Klimaschutz Ausgaben (54%). Gleichzeitig nehmen sowohl die Sorge um den Klimawandel als auch die Befürwortung konkreter Ziele und Maßnahmen in vielen Bereichen seit einigen Jahren etwas ab.*

2. Die Transformation wird zunehmend vor dem Hintergrund finanzieller Sorgen bewertet

Die Ergebnisse zeugen von einer differenzierten Betrachtung des nachhaltigen Wandels und seiner Umsetzung, bei der Kosten, Nutzen und Risiken gegeneinander abgewogen werden. Entsprechend gewinnen Faktoren wie Sorgen vor persönlichen finanziellen Auswirkungen (53%), gesamtwirtschaftlichem Wohlstandsverlust (39%) sowie sozialer Spaltung (50%) zunehmend an Gewicht. Finanzielle und

Forderung nach weiteren politischen Maßnahmen

Die deutsche Regierung sollte weitere Maßnahmen ergreifen, um die ... voranzubringen.



■ stimme gar nicht zu ■ stimme eher nicht zu ■ teils/teils
■ stimme eher zu ■ stimme voll und ganz zu ■ weiß nicht/keine Angabe

Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation (2026) | Energiewende: n = 3.145; Verkehrswende: 2026: n = 3.421; Wärmewende: n = 3.421 | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 rundungsbedingt

* Wenn allgemein Befürwortung / Zustimmung oder Ablehnung berichtet wird, wurden die Antwortkategorien „eher“ und „voll und ganz“ aufaddiert.

wirtschaftliche Sorgen gehen dabei mit einer geringeren individuellen Veränderungsbereitschaft und Akzeptanz politischer Maßnahmen einher. So geben beispielsweise bei der Anschaffung eines klimaneutralen Heizsystems vier von zehn Personen (41%) derjenigen, für die es (eher) nicht infrage kommt, finanzielle Gründe als Hindernis der Anschaffung an, bei der energetischen Gebäudesanierung ist es mehr als die Hälfte (52%).

3. Die Bevölkerung erwartet staatliche Investitionen und eine angemessene politische Rahmensetzung

Die Bevölkerung sieht die Transformation als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der Klimaschutz überwiegend nicht als individuelle Verantwortung verstanden wird, sondern auch dem Staat eine aktive Rolle zukommt. Das zeigt sich in der Unterstützung für höhere Klimaschutz Ausgaben (54%) ebenso wie in der Anerkennung der Notwendigkeit entsprechender klimaneutraler Infrastruktur (79%), der verbreiteten Zustimmung zu Preissignalen (61%) und der (wenn auch weniger ausgeprägten) Einforderung staatlicher Vorgaben und Regeln (49%). Vier Fünftel der Bevölkerung (79%) halten den Umstieg privater Haushalte auf klimafreundliche Technologien ohne staatliche Unterstützung für nicht machbar. Gleichzeitig ist durchaus auch individuelle Handlungsbereitschaft vorhanden: Ein Drittel der Menschen mit Wohneigentum (33%) gibt an, bereits eine eigene PV-Anlage auf dem Dach installiert zu haben, für ein weiteres Drittel (35%) kommt eine Umsetzung infrage. Die Anschaffung eines E-Autos kommt jedoch für fast die Hälfte (eher) nicht infrage (47%). Entscheidend ist hierbei, dass bezahlbare Alternativen in Reichweite sind, z.B. durch verlässliche und einkommensgestaffelte Förderungen, die Investitionsvorhaben planbar und für möglichst viele Menschen zugänglich machen.

4. Zentrale Herausforderungen liegen im mangelnden Vertrauen und in Unzufriedenheit mit der politischen Umsetzung

Die Umsetzung der Nachhaltigkeitstransformation wird zunehmend von mehr als der Hälfte als unverständlich (56%) und fast zwei Dritteln als bürgerfern (63%) wahrgenommen – das ist Gift für Vertrauen in politische Akteure und den Erfolg der Transformation. Dementsprechend niedrig ist auch das Vertrauen der Bevölkerung, dass die Bundesregierung bei der Gestaltung des nachhaltigen Wandels im Interesse der Allgemeinheit handelt: Mehr als die Hälfte der Bevölkerung (55%) gibt fehlendes oder mangelhaftes Vertrauen an. Auch die Transparenz von Entscheidungen in der Klimapolitik sowie faire Beteiligungsmöglichkeiten und Berücksichtigung von Bevölkerungsinteressen werden von rund drei Vierteln der Menschen (eher) schlecht eingeschätzt.

Dies schlägt sich auch in der Bewertung konkreter Maßnahmen nieder: Wo Informationsstand und Vertrauen gering sind, werden politische Vorhaben kritisch bewertet. Beispielsweise fällt die Bewertung des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität unter denjenigen, die

ohne ein geringes Vertrauen in die Bundesregierung haben oder sich nicht ausreichend informiert fühlen, besonders negativ aus. Insgesamt fühlt sich die überwiegende Mehrheit (85%) (eher) schlecht über das Sondervermögen informiert.

5. Auswege aus der Krise: erlebbare Vorteile, faire Lastenverteilung, bessere Beteiligungsmöglichkeiten und Stärkung wirtschaftlicher Potenziale

Die Ergebnisse bieten aber auch Anhaltspunkte für potenzielle Hebel, um dem Trend zunehmender Skepsis entgegenzuwirken. Eine Möglichkeit ist beispielsweise die Beteiligung der Bevölkerung an der Energiewende: Der Ausbau erneuerbarer Energien vor Ort ist bereits mehrheitlich akzeptiert – Windanlagen im Wohnumfeld werden von mehr als der Hälfte der Menschen (58%) befürwortet, PV-Anlagen auf Freiflächen von mehr als zwei Dritteln (69%). Ungefähr ein Drittel der Gegnerinnen und Gegner von Windanlagen gibt an, sich wiederum durch prozedurale oder finanzielle Beteiligung umstimmen zu lassen. Ein weiterer möglicher Ansatzpunkt könnte sein, die Transformation stärker über ihre potenziellen wirtschaftlichen Chancen zu vermitteln. Bei der Energiewende halten sich positive und negative Erwartungen hinsichtlich der Auswirkungen auf die eigene berufliche Tätigkeit mit jeweils knapp einem Drittel etwa die Waage (jeweils 30%). Entscheidend ist also eine Transformationspolitik, die prozedurale und finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten und wirtschaftliche Tragfähigkeit zusammendenkt und somit dazu beiträgt, die Verteilung von Kosten und Nutzen der Transformation gerechter zu gestalten.

Impressum

© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

August 2026

Carl-Bertelsmann-Straße 256

33311 Gütersloh

Telefon +49 5241 81-0

www.bertelsmann-stiftung.de

Eine Zusammenarbeit von

| BertelsmannStiftung



Anne Meisiek

Luisa Schulze Marquarding

Miriam Körfer

Jean-Henri Huttarsch

Benita Ebersbach

Dr. Franziska Mey

Kontakt

team@soziales-nachhaltigkeitsbarometer.de



Hier geht es zum vollständigen Bericht der Ergebnisse